

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Bezugsgebühr monatlich 2,- M., bei Bestellung unter Streifenband 1,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin N20, 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgesetzte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Coverungszeitung 20 Pf. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N20, 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands



Zusammenschluß der Angestelltenverbände.

Der größte Angestelltenverband der Welt.

Weimar, 9. September.

Die zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, dem Verbands der Bureauangestellten und dem Verbands der Deutschen Versicherungsbeamten geführten Verhandlungen haben auf einer Tagung am 8. und 9. September 1919 in Weimar zur Vereinigung zum Zentralverband der Angestellten geführt. Damit ist die freigewerkschaftliche Einheitsorganisation für alle in Handel, Verkehr, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft tätigen Handlungsgehilfen und Bureauangestellten der in der Sozial- und Privatversicherung, bei Behörden und Rechtsanwaltschaften beschäftigten Angestellten geschaffen. Der neue Verband steht beschlußgemäß auf dem Boden strengster parteipolitischer Neutralität und ist mit über 350 000 Mitgliedern der größte Angestelltenverband der Welt.

Urabstimmung über die Internationale bei den schwedischen Linkssozialisten.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Stockholm, 8. September.

Die innerhalb der schwedischen Linkssozialistischen Partei in 117 Gemeinden vorgenommene Urabstimmung hat ergeben: 4318 Stimmen für Fortschritt an Moskau ohne Sachhalt, 2043 Stimmen für Fortschritt mit Sachhalt und 253 für Linksbogens humanistisches Programm.

Angesichts der Schärfe, mit der die Linkssozialistische Partei Schwedens aufzutreten pflegt, wirkt es überraschend, daß eine so geringe Anzahl von Personen an der Urabstimmung teilgenommen hat. Daraus ist nur der Schluß zu ziehen, daß die Partei entweder sehr klein ist, oder aber daß die Mitglieder der Partei sich gegenüber dieser so bedeutenden Urabstimmung überaus gleichgültig verhalten haben.

Die Maschinengewehre gegen die Jugendlichen.

Unsere Mitteilung, daß der friedliche Demonstrationzug der Jugendlichen am Sonntag von Maschinengewehren beschossen worden ist und daß dabei 5 Jugendliche zum Teil schwer verletzt worden sind, wird von der bürgerlichen Presse mit Schweigen übergegangen. Einige Blätter aber, die ihren Lesern Kenntnis davon geben, daß nicht Schreckschüsse abgegeben worden sind, sondern scharf geschossen wurde, weisen jedoch die feststehende Tatsache an, daß Opfer zu beklagen sind. Anscheinend sind selbst sie über eine solche Ungeheuerlichkeit erstarrt und nicht willens, diese Tat zu verurteilen, eine Tat, die um so ungeheurer ist, als es sich um unbewaffnete jugendliche Personen handelt, die fern ab von dem Zentrum der Stadt eine friedliche Demonstration veranstalteten, von der nicht die geringste Gefahr für die Sicherheit des Staates, ja nicht einmal irgendeine leise Störung der öffentlichen Ordnung zu erwarten war. Die auch ferner um so ungeheurer ist, weil perartige Demonstrationen von parteipolitischen Jugendlichen ohne jede Beiratschlagung bisher stattgefunden haben.

Aber während die bürgerliche Presse schweigt und es nicht wagt, das Verhalten des Militärs zu verurteilen, ist es natürlich, wie immer in solchen Fällen, so auch diesmal, der „Vorwärts“, der seine Aufgabe darin sieht, dieses Verbrechen gegen die Jugendlichen zu rechtfertigen. Scheinheilig schreibt er, es sei gar nicht zu rechtfertigen, daß scharf geschossen wurde, aber im gleichen Satz sucht er durch den Zusatz, es scheine aber doch, daß die jungen Leute wiederum von verbrecherischen Drahtziehern ins Verderben gelockt wurden, die Schuld an dem Attentat auf die Jugendlichen ihnen selbst zuzuschreiben. Dieses klandestine Verhalten wird, damit zu rechtfertigen gesucht, daß es den Jugendlichen als Verbrechen angedeutet wird, daß sie ihre Zeitung „Die junge Garde“ verkauft haben, außerdem durch ein übelste Spiegelexikon offen zur Schau tragendes Märchen von angeblichen Absichten der Jugendlichen, die politischen Gefangenen zu befreien.

Dieses Verhalten des „Vorwärts“ wird wohl allen anständig denkenden Menschen gezeigt haben, daß die Vererbung der Gesinnung bei diesen Leuten den Gipfelpunkt erreicht hat. Welche politische Charakterlosigkeit muß bei den Leuten eingetreten sein, die, ehemals selbst politisch

verfolgt und geächtet, von Polizei und Militär bedroht, jetzt Maschinengewehre für ein richtiges Mittel halten, um politische Demonstrationen der Jugendlichen zu bekämpfen. Welche Entrüstung die Tat selbst in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, geht aus folgender Entschliebung hervor:

Die Vereinigung sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen gibt ihre Entrüstung darüber kund, daß am 7. September auf die jugendlichen Streikler Groß-Berlins, die sich in einem friedlichen Zug befanden, mit Maschinengewehren geschossen worden ist. Die Vereinigung sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen spricht den Opfern dieser ungeheuerlichen Gewalttat ihr herzlichstes Mitgefühl aus.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

H. N. Haag, 9. September.

Aus London wird gemeldet: Der Gewerkschaftskongreß in Glasgow wurde mit einer Rede des Vorsitzenden Bunning eröffnet. Dieser erklärte, daß die Regierung ihre Stellung sehr gefährde, wenn sie nicht beachte, daß der Krieg gegen die russische Sowjetrepublik dem englischen Volk widerstrebe. Im Zusammenhang damit verteidigte Bunning dann die damalige Haltung des Parlamentsausschusses der Arbeiterpartei in der Frage des direkten Verfahrens. Der Ausschuß schlug bekanntlich den allgemeinen Streik als Mittel vor, um die Regierung zur Einstellung des Krieges gegen die russische Sowjetrepublik zu zwingen. Später stellte sich der Ausschuß jedoch auf den Standpunkt, daß man den allgemeinen Streik lieber für industrielle als für politische Ziele benutzen solle. Es existiert in England keine einzige politische Forderung, die die Arbeiter nicht auf anderem Wege, d. h. durch die Wahlen durchsetzen könnten. Daher wäre ein allgemeiner Streik nur das Eingeständnis einer Schwäche, die in Wirklichkeit doch nicht besteht. Andererseits trug aber die Regierung an dem Wunsch nach einem politischen Streik der Arbeiter selbst eine große Schuld und war beharrlich, daß sie ihre Versprechungen hinsichtlich der Dienstpflicht und der Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht einlöste. Der Redner schloß dann weiter die eigenmächtigen Streiks ohne Rücksicht auf die Gewerkschaftsleitungen und meinte schließlich: Wir können vertrauensvoll erwarten, daß innerhalb kurzer Zeit eine Arbeiterregierung in England entstehen werde. Es sei keine Regierung in England möglich, die nicht das Vertrauen des Volkes besitze.

Turati über die Lage Italiens.

H. N. Haag, 9. September.

Aus London wird gemeldet: Ein Vertreter des „Daily Herald“ hatte ein Interview mit dem Führer der gemäßigten Gruppe der italienischen Sozialisten Turati. Dieser sagte, daß Italien alles getan habe, um von den Alliierten Kredit und Materialien zu erhalten, daß die Alliierten es jedoch ablehnten, beides in genügender Menge zu geben. Italien werde sich deshalb wahrscheinlich an Deutschland, Österreich und Rußland wenden müssen, da es ohne auswärtige Unterstützung infolge des Mangel an Steinkohlen und der geringen Mengen von Brotgetreide nicht leben kann. Die italienischen Schulden hätten jetzt fast die Höhe des gesamten Nationalvermögens erreicht. Die engen Beziehungen, sagte Turati, die jetzt zwischen Italien, Deutschland und Österreich bestehen, werden eine wirtschaftliche Abmachung erleichtern. Es ist weiter von großer Wichtigkeit, daß wir uns mit der russischen Sowjetregierung verstehen, und ich bin sicher, daß die Republik Georgien gleichfalls gern militärische und politische Unterstützung von Italien haben würde. Bezüglich der inneren Politik Italiens sagte Turati, daß eine sozialistische Regierung eine Politik weitgehender sozialistischer Reformen befolgen müsse. Bedauerlich sei jedoch, daß die sozialistische Partei von den russischen Idealen angepöckelt wurde, und daß die Maximoliten in der Partei die Vorderricht haben.

Eine neue Rede Wilsons.

H. N. Haag, 9. September.

Aus Washington wird gemeldet: Wilson hat nunmehr in Omaha eine weitere Propagandarede gehalten. In dieser Rede trat er für das Friedensabkommen mit Deutschland ein und lehnte alle etwaigen Vorbehalte ab. Er erklärte: Wir haben in Paris nicht nach Deutschlands Zustimmung für die Auslegung der Bedingungen gefragt. Wir haben Deutschland lediglich unsere Interpretation der Bedingungen mitgeteilt, und diese allein war die gegebene.

Die Kämpfe in der Gewerkschaft

Es besteht kein Zweifel, die Zahl der Rechtssozialisten innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wird zusehends kleiner. In Berlin sind es nur noch wenige Gewerkschaften, wie die der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Buchdruckerverband, wo sie überhaupt noch eine Rolle spielen. Die Ortsverbände sind zumeist schon in den Händen der Opposition, und auch im Reich geht es unaufhaltsam vorwärts. Alltäglich läßt sich feststellen, Leute, die vor 14 Tagen noch die rechtssozialistische Politik zu verteidigen suchten, heute sind sie durch die Erkenntnis und die wirtschaftlichen Verhältnisse (siehe Straßenbahnerstreik) zu der Opposition getrieben.

Die alten Gewerkschaftsführer sind nun viel zu gerissene Geschäftspolitiker, um diese Entwicklung nicht zu erkennen, selbst wenn sie sie auch öffentlich nicht zugeben. Das zeigen deutlich genug ihre Verteidigungsmahnahmen. Man kann zur Zeit folgenden Vorgang wahrnehmen: die Opposition ist naturgemäß bestrebt, die eigentlichen Träger der ganzen regierungsfassalistischen Politik, die alten Gewerkschaftsbeamten, von ihren Plätzen zu entfernen. Man sollte nun glauben, die Rechtssozialisten würden sich als Demokraten, die sie immer sein wollten, dem Willen der Mehrheit fügen. Dem ist aber nicht so, sondern man versucht mit allen Mitteln den Willen der Mehrheit zu ignorieren. Da es bei der großen Mitgliederzahl der Gewerkschaften für die einzelnen Wähler unmöglich ist, die aufgestellten Kandidaten persönlich zu kennen, kann man es nur in Ordnung finden, wenn man sich vor der Wahl etwas über den Kandidaten erkundigt, und ihn vor allem, wie feither üblich war, über das politische Glaubensbekenntnis befragt. Dies wird nun funderbarerweise von den Rechtssozialisten als unzulässig erklärt mit der Begründung, die Gewerkschaft habe mit der Politik nichts zu schaffen. Es ist eben das zur Zeit gebräuchliche Schlagwort, um die Massen irrezuführen. Für jeden Anfänger des wissenschaftlichen Sozialismus ist es ja ein Leichtes, diese absurde Behauptung zu widerlegen. Daß man es nur mit einer plumpen Fälschung der sozialistischen Erkenntnislehre zu tun hat, geht schon daraus hervor, daß es jenen Leuten gar nicht einfallt, nach diesem Grundfab zu handeln; wurde doch erst kürzlich in der Generalversammlung der Transportarbeiter auf Anlaß Schumanns ein politisch nicht organisiertes Mitglied von der Kandidatenliste gestrichen. Andere Rechtssozialisten sind vorsichtiger und behaupten nur, innerhalb der drei sozialistischen Parteien müsse Neutralität herrschen, eine ebenso wenig haltbare Ansicht. Wozu hat sich denn die alte sozialdemokratische Partei gehalten, wenn man sich in den entscheidenden Fragen — und um diese handelt es sich hier gerade — neutral verhalten soll und kann? Wie kann man als Sozialist einer Richtung neutral gegenüberstehen, die man gar nicht mehr als sozialistisch anerkennt? Genau so wenig wie ehemals die sozialdemokratischen Gewerkschaften den bürgerlich orientierten neutral gegenüberstehen konnten, möchten sie sich auch christlich, national oder kirchlich-Dunderidee nennen, der Name tut wirklich nichts zur Sache, auch nicht bei den Rechtssozialisten.

Also nicht einen Schein von Recht haben die Rechtssozialisten auf ihrer Seite, wenn sie in die Entwicklung einzugreifen versuchen und alle Mittel der Gewerkschaftsbureaucratie spielen lassen. Noch haben sie die Macht der ganzen Maschinerie in ihren Händen. Oppositionelle Ortsverbände werden nicht bestätigt, Generalkommission und Verbandstage verboten es, die Kandidaten nach ihrer Parteizugehörigkeit zu befragen, und man kann beobachten, daß sich ganz radikale Gewerkschaften diesen Beschlüssen tatsächlich fügen. Die Maschine arbeitet also noch, wie man es wünscht. Aber wo soll dies hinführen? Das muß sich doch auch einmal jeder einseitige Rechtssozialist fragen. So viel steht fest, die Entwicklung in der Arbeiterschaft geht in dem angegebenen Sinne weiter; wenn dem nicht so wäre, brauchte man sich ja nicht solcher verwerflicher Mittel zu bedienen. Gelingt es also den Gewerkschaftsbeamten, ihre Stellung zu behaupten, so würde über kurz oder lang der Tag eintreten, wo die übergroße Mehrheit der gesamten deutschen Arbeiterschaft in kürzester Opposition zu ihren Führern stehen wird. Ein solcher Zustand wäre aber doch unhaltbar, wenn er selbst tausendmal statutarisch möglich wäre. Auch alle wahltechnischen Anstöße der Rechtssozialisten werden einen solchen Zustand nicht herbeiführen

Reichskonferenz der U. S. P.

Erster Tag. Berlin, 9. September.

Die Sitzung, die im Festsaal des Abgeordnetenhauses stattfand, wird von Haase eröffnet. Die Konferenz soll wesentlich praktische Fragen erörtern. Daneben wird natürlich ein Meinungsaustrausch zu den brennenden politischen Fragen un- vermeidlich sein. Aber bindende Beschlüsse müssen hier dem Parteitag vorbehalten bleiben.

Die Tagesordnung wird folgendermaßen festgesetzt:

1. Organisation und Presse. (Referent: Dittmann.)
2. Die politische Situation. (Referenten: Haase und Geier.)
3. Die Internationals. (Referenten: Hilferding und Stüder.)
4. Die Gewerkschaften. (Referent: Koenen.)

Als Referent zum Punkt 1. nimmt darauf das Wort Dittmann. Das Bestreben der Bewegung ist in den letzten Monaten geradezu sprunghaft gewachsen. Wo die Dinge gekommen sind, vornehmlich aus früher unorganisierten Kreisen, ist das Verlangen nach Klären und nach dem besten, das heißt auf einen Mangel an Schulung. Kennenwerte Änderungen in der Organisationsstruktur sind merkwürdigerweise im Laufe nicht vorgenommen worden; die Parteientente lieh den Organisationen hier freiesten Spielraum. Bei den Versuchen, die Räte mit der Parteiorganisation in engere Beziehung zu bringen, ist es über erste Anfänge nicht hinausgekommen. Die Parteileitung hat die Bezirke nach Kräften unterstützt, für mehrere laufende oder einmalige finanzielle Beiträge gezahlt. Insgesamt 61 000 Mark. Leider ist in der Ablieferung der Beiträge von den Bezirken viel gesündigt worden. — Eine große Anzahl von Zeitungen ist gegründet worden, zum Teil bei nur unzureichend vorhandenen Mitteln. Es war der Zentrale möglich, auf Grund freiwilliger Stiftungen mancher Genossen zum Teil recht erhebliche Zuschüsse zu leisten. Daneben mußten die Organisationen aber auf die Selbsthilfe, die Gründung von Genossenschaften, verwiesen werden. In manchen Orten sind auch Genossenschaften gegründet worden. Auf dem Wege muß fortgeschritten werden, zumal fortan nicht mehr von der Zentrale in der bisherigen Weise Zuschüsse geleistet werden können. Die Gründung einer kommunalen Zeitschrift ist in Angriff genommen. Die „Freie Jugend“ wurde bald nach ihrer Gründung von Haase verboten; es besteht aber Aussicht, daß das Verbot in Kürze wieder aufgehoben wird. Für ihre Verbreitung muß dann alle Kraft angewandt werden. Ebenso müssen die Genossen die Propaganda für die „Kämpferin“ noch mehr fördern. — Die Zentrale wurde erweitert, da die Ansprüche, die an sie gestellt wurden, ständig wuchsen. Die Zentrale kann den Ansprüchen aber nur voll gerecht werden, wenn sie von den Parteigenossen im Lande die nötige Unterstützung erhält.

Genossin Wurm berichtet über die Vorbereitung der „Kämpferin“ und erörtert die Frage eines Obligatoriums. Es muß viel mehr Propaganda für das Blatt gemacht werden und auch eine bessere Unterstützung der Redaktion wäre nötig. Die Redaktion befindet sich ferner die Zuziehung des Frauenreichsausschusses zu den Reichskonferenzen mit beratender Stimme und würdige die Bedeutung der Frauen für die Partei.

Frankfurt (Main): Die Frauen sollen dasselbe Recht in der Partei haben wie die Männer, aber keine „Gitarre“ beanspruchen. Die obligatorische Einführung der „Kämpferin“ muß auf manche Schwierigkeiten stoßen. Es sollte aber darauf hingewirkt werden, daß die Gewerkschaften mit ihrer Frauensektion die „Kämpferin“ ihren weiblichen Mitgliedern leihen. Der Redner bespricht sich über unzulässige Verlegung der Bezirke mit Agitationsmaterial. Das „Gründungsheft“ auf dem Gebiete der Presse muß bezeugt werden.

Donauschlag (Münchberg) berichtet über die großen Fortschritte in der Bewegung in Ostpreußen. Das gewaltige Anschwellen der Partei erfordert aber naturgemäß viel Arbeit und erhebliche Mittel. Da kann es nicht wunder nehmen, wenn die Bezirke sich der Zentrale gegenüber keine Unterstützungsforderungen stellen können lassen. Sehr wünschenswert wäre eine Ausgabe der Reichsverfassung mit einem Kommentar, der den Standpunkt der Partei zum Ausdruck bringt.

Wetzlar (Hannover): Eine stärkere Agitation unter den Frauen wäre sehr zu begrüßen. Die kleinen Bezirke müssen weiter bei der Propaganda und der Herausgabe von Zeitungen durch die Zentrale unterstützt werden.

Estadt (Krausnick): Wenn die Zentrale den Bezirken das nötige Material pünktlich geliefert hätte, wären diese ihren Verpflichtungen rascher gerecht geworden.

Dittmann (Frankfurt): Kommerziell wäre einmal eine Konferenz der Bezirksvertreter allein wegen des organisatorischen Frage. Der Frauenorganisation ist größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die „Kämpferin“ muß obligatorisch eingeführt werden. Die Broschüren der Zentrale sind zu teuer. Sie können bei Massenauflagen auch billiger abgegeben werden. Eine starke Belastung der Organisationen in der neutralen Zone bildet der Zugang von Mitgliedern. Die Reichssozialisten enthalten seit einiger Zeit eine planmäßig große Agitation gegen die U. S. P. mit ihmmaliger Verbreitung allen möglichen Tatarennachrichten. Hier muß besser entgegengewirkt werden.

Bähler (Hemscheid): Empfehlenswert wäre in allen Bezirken die Abhaltung von Frauenkonferenzen und die Einführung des Obligatoriums für die „Kämpferin“. Bei der Vergrößerung der Zentrale hätten besser Genossen gewählt werden sollen, die nicht durch ihre parlamentarische Betätigung in Anspruch genommen werden.

Soldmann (Münchberg): Die Reichssozialisten sind uns bei ihrer Arbeit insofern überlegen, als sie für ihre Funktionärposten weit mehr Leute zur Verfügung haben, die nicht mehr in einem Arbeitsverhältnis stehen. In Bayern ist es nicht einmal möglich, allen Anforderungen von Referenten dort zu genügen, wo Ortsgruppen der Reichssozialisten zur U. S. P. über- treten wollen. Viele Ausgaben erwachsen den Bezirken aus Propaganda und dergleichen.

Schäfers (Groß-Türtingen) berichtet über die Verhältnisse in den Thüringischen Gebieten. Die Zufindung von Proschriften sollte in Zukunft nicht mehr ausschließlich unter Nachnahme erfolgen. Besseres Material für die Referenten wäre wünschenswert. Groß-Türtingen lehnt eine „Rebentregierung“ des Berliner Volksrates ab. Dem Zentralkomitee bei der Propagierung des Rates ab. Die Nationalversammlung-Fraktion hätte Groß-Türtingen in der Agitation besser unterstützen müssen.

Lebeaux (Berlin): In der Ausgestaltung der Presse müsse noch manches besser sein, auch in der „Freiheit“ fehlt es an „Redaktion“. Das wichtigste wird nicht genügend herausgehoben und ausgeschaltet. Die unerhörte Beschädigung der Jugendkinder am letzten Sonntag hätte als politisches Ereignis ersten Ranges gewürdigt werden müssen und nicht erst auf der dritten Seite in keinem Druck mit erkundlicher Gleichgültigkeit abgetan werden dürfen. Nicht einmal in den folgenden Nummern hat man energisch Stellung genommen.

Dortens (Düsseldorf): Sobald wie möglich sollte in der Partei das Bildungswesen ausgebaut werden. Bei der Gründung von Zeitungsvereinigungen wäre eine Preisliste anzugeben, die gewisse Garantien übernehmen und die Schärfe der Genossen besser der Partei dienstbar machen könnte. Große Schwierigkeiten macht der Verstoß der Papierfrage. Die Lieferung von Freieremplaren für agitatorische und sonstige Zwecke wird ganz unmöglich gemacht. Hier muß versucht werden, bei der Papier- genosse etwas zu erzielen. Die obligatorische Einführung der

Rebentregierung (Berlin): In der Ausgestaltung der Presse müsse noch manches besser sein, auch in der „Freiheit“ fehlt es an „Redaktion“. Das wichtigste wird nicht genügend herausgehoben und ausgeschaltet. Die unerhörte Beschädigung der Jugendkinder am letzten Sonntag hätte als politisches Ereignis ersten Ranges gewürdigt werden müssen und nicht erst auf der dritten Seite in keinem Druck mit erkundlicher Gleichgültigkeit abgetan werden dürfen. Nicht einmal in den folgenden Nummern hat man energisch Stellung genommen.

Dortens (Düsseldorf): Sobald wie möglich sollte in der Partei das Bildungswesen ausgebaut werden. Bei der Gründung von Zeitungsvereinigungen wäre eine Preisliste anzugeben, die gewisse Garantien übernehmen und die Schärfe der Genossen besser der Partei dienstbar machen könnte. Große Schwierigkeiten macht der Verstoß der Papierfrage. Die Lieferung von Freieremplaren für agitatorische und sonstige Zwecke wird ganz unmöglich gemacht. Hier muß versucht werden, bei der Papier- genosse etwas zu erzielen. Die obligatorische Einführung der

Frauenzeitung in Düsseldorf hat beste Wirkungen gehabt. Das Austragen der „Kämpferin“ mit gleichzeitiger Entlassung der Bezirke durch die Genossinnen ist dabei beizulegen zu empfehlen.

Kaufert (Hamburg) legt die finanziellen Verhältnisse im Bezirk Hamburg dar und wünscht eine bessere Entlohnung des Bezirke bei seinen besonderen Aufgaben durch die Gesamtpartei. Im Interesse des Rheins der Agitationsliteratur wäre es wünschenswert, wenn nicht lokale Kreise selbständig Schriften herausgeben und verbreiten würden.

Genossin Sieg weist auf die agitatorische Betätigung der Mitglieder der Nationalversammlung hin.

Dittmann geht in seinem Schlusswort auf die Ausführungen des obigen Redner ein. Die Zentrale hat nach Möglichkeit versucht, ihre Pflicht zu erfüllen. Die Zahl der Mitglieder beträgt nach den letzten Berechnungen 715 500. Die heutige Zusammenkunft muß in jedem Fall besser werden, wie bisher darf es nicht weitergehen.

In der Rahmungsitzung erregt Haase das Wort zu seinem Referat über

Die politische Lage:

Das Charakteristische an der politischen Lage ist, daß wir seit 8 Monaten eine Regierung haben, die sich nur durch den Zwang der Umstände halten kann. Sie würde ihn auch gar nicht aufheben können, weil das Parlament tatsächlich die ausschlaggebende Rolle spielt. Aber Reichardt nannte die Regierung ein Gefindel, trotzdem hat man nicht gemagt, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Und diese Regierung bekommt, die vollendetste Demokratie zu repräsentieren. Tatsächlich handelt es sich nur um eine verkappte Diktatur der herrschenden Klassen im kapitalistischen Staat. Ja, wie haben sogar den Terror, wie Reichardt in seiner Rede in Weimar: Was geben mich die Verordnungen an? beweisen. Die Geschichte des alten Regimes zeigt keine solche Instanz, wie die Besetzung der Jugendkinder nach ihrem Tode. Die Wirkung dieser Anschläge und all das andere auf die Nation ist aber nicht so aufpeitschend gewesen, wie man hätte erwarten müssen. Wir dürfen und nicht bezweifeln, daß eine gewisse Ermüdung im Proletariat eintritt. Auch die Kommunisten erkennen die Situation richtig und rechnen sogar mit der Möglichkeit, daß die revolutionäre Stimmung noch weiter abflaut. Es ist ganz falsch, wenn Geier in der „Republik“ behauptet, ein aktives Stadium der Revolution läge für die nächsten Monate als sicher an. Die

Rebentregierung brauchen wir aber keineswegs zu werden. Es sind genug vorwärtsstrebende Elemente vorhanden. Schon die Steuerpolitik der Regierung muß immer wieder den Widerspruch des Proletariats herausfordern. Die wirtschaftliche Not kann dazu führen, daß wir bald wieder in eine neue verschärfte Revolutionssphase hineinkommen, es kann aber auch sein, daß es länger dauert, bis die Stelle wieder einen Höhepunkt erreicht. Auch damit müssen wir rechnen und dürfen nicht alles auf eine Karte setzen, dürfen nicht die parlamentarische Politik im Augenblick anwenden. Wir dürfen also die parlamentarische Politik nicht aus der Hand geben. Ist die Zeit vor den Wahlen noch nicht reif für die Diktatur des Proletariats, so dürfen wir keinesfalls die Wahlen boykottieren. Wir wollen uns keine überhöhen Hoffnungen vom Parlament machen, und wir dürfen bei den Wahlen nicht allen möglichen Volksfähigen Versprechungen geben, was man alles in den Parlamenten für sie erreichen würde und könne. Solange die jetzige Gesellschaft besteht, müssen wir aber auch versuchen, aus ihr alles herauszuholen, was sich herausholen läßt, d. h. durch die Mitarbeit im Parlament dem Proletariat möglichst günstige Kampfbedingungen zu verschaffen. Das bedeutet Beteiligung am Parlament. Die Klassen würden eine antiparlamentarische Taktik auch nicht begreifen. Wenn es noch wieder zur Wahl eines Parlaments kommt, werden wir uns auch daran beteiligen müssen.

Die Frage einer Beteiligung an der Regierung ist im Grunde eine Doktorfrage. Eine Regierung mit Bürgerlichen kommt gar nicht in Frage. Das Experiment einer Regierungsbildung mit den Reichssozialisten ist an deren unrevolutionärem Verhalten gescheitert. Auf dem Boden der jetzt beschlossenen Verfassung ist ein Mitarbeiter in der Reichsregierung vollends nicht denkbar. In den Einzelstaaten ist die Übernahme der Regierungsgewalt sehr wohl möglich und angebracht, wenn unsere Genossen die Mehrheit haben. Die Einzelstaaten sind immer mehr diese Verwaltungskörper geworden. Die Frage ist nun: Wie sollen wir uns verhalten, wenn die Reichssozialisten an uns die Aufforderung stellen, uns an einer Regierung mit ihnen zu beteiligen? Aus Zweckmäßigkeitsgründen kann es sich da unter Umständen empfehlen, den Reichssozialisten Bedingungen zu stellen, d. h. unser volles Revolutionsprogramm zur vorübergehenden Anerkennung zu unterbreiten. Es handelt sich dann nur um eine Formfrage, weil ja von vornherein feststehen wird, daß eine Ablehnung kommt. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß keine Verwirrung der Massen entstehen kann.

Unsere Aufgabe muß es sein, das revolutionäre Bewußtsein zu stärken, die Situation richtig zu erkennen und zu nutzen, immer im Interesse des revolutionären Ziels. Dann wird auch über kurz oder lang die Zeit kommen, wo wir die Regierungsgewalt ergreifen und dauernd wirklich festhalten können. (Wobol)

Curt Geier als Korreferent:

Die alte Frage: Diktatur oder Demokratie? ist in der Partei noch nicht völlig gelöst. In der jetzigen Situation tritt die „demokratische“ Richtung wieder mehr in den Vordergrund. Diejenigen, die Räteismus und Parlamentarismus zusammen anwenden, werden freiwillige oder unfreiwillige Bundesgenossen dieser Richtung. Auf dem Wege des Parlamentarismus kommen wir heute tatsächlich dem Sozialismus keinen Schritt mehr näher. Tatsächlich wird aber den Massen noch immer die Wichtigkeit der positiven Arbeit in den Parlamenten vorgezogen. Die neue revolutionäre Erhebung wird jedenfalls nicht mehr Jahrzehnte auf sich warten lassen, die parlamentarische Mitarbeit muß aber die Massen über die Verhältnisse hinwegtäuschen. Tatsächlich hat die Fraktion in der Nationalversammlung auch nichts erreicht, was auf dem Wege zum Sozialismus weiterführt.

Die kommende Beratung über die Betriebsräte muß benutzt werden zu einer Kampagne für das revolutionäre Räteystem. Ebenso wird die Steuererhebung zu schärfstem Protest zu benutzen sein. In diesem Sinne muß die Arbeit in den Parlamenten in den Dienst der revolutionären Propaganda gestellt werden. Aber wir dürfen nicht die Aufmerksamkeit aufkommen lassen, daß wir den Parlamentarismus mit allen Konsequenzen wollen, wie manche Genossen es tun.

Bei einem Teil der jüngsten Genossen bestand sogar der Wille, sich mit den Reichssozialisten an der Regierung zu beteiligen, ja sie waren bereit, sich von den Bedingungen der Partei etwas abfinden zu lassen. (Widerstand) Grundätzlich muß für uns feststehen, daß wir mit der rechtssozialistischen Partei eben so wenig wie mit irgendeiner bürgerlichen Partei in einer Regierung zusammenarbeiten dürfen. (Sehr richtig.)

Wir wollen den Parlamentarismus als Mittel im Kampf für den Sozialismus anwenden, wenn die Situation dafür gegeben ist; das ist für uns lediglich eine Frage der Taktik. Ist in absehbarer Zeit mit einer Revolution nicht zu rechnen, so haben wir selbstverständlich in unserer Ohnmacht das Parlament zu nutzen. Im aktiven Stadium der Revolution ist die Mitarbeit in den Parlamenten aber eine Blattheit.

Wenn, möge man auch noch so schamhaft verdecken, wer sich an Reichssozialisten unter den Kandidaten befindet.

Dieses ergötliche Versteckspielen, das man zur Zeit in den Versammlungen bemerken kann, mühte doch auch jedem ernsthaften Reichssozialisten zu denken geben.

Welchen Ausgang wird nun der ganze Konflikt nehmen? Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Arbeiterchaft revolutioniert den ganzen Gewerkschaftsapparat von unten auf, trotz aller Widerstände der bestehenden Gewerkschaftsbürokratie, oder das stolze Gewerkschaftsgebäude zerfällt. Die syndikalistischen oder betriebsorganisatorischen Tendenzen arbeiten tatsächlich mit der rechtssozialistischen Starrsinnigkeit Hand in Hand an der Zertrümmerung der Gewerkschaften. Ob von rechtssozialistischer Seite versucht auf dieses Ziel hingearbeitet wird, braucht nicht ohne weiteres angenommen zu werden. Mögen aber auch einige wenige Nachhörer mit diesem Gedanken spielen, der großen Masse der rechtssozialistischen Gewerkschaftsmitglieder liegt diese Absicht noch vollkommen fern. Das zeigt auch die Neigung der Reichssozialisten zu Kompromissen in dieser Sache. Aber trotz allem, die Gefahr einer Sprengung der Gewerkschaften ist außerordentlich nahegerückt, gerade durch das Bestreben der Reichssozialisten, die gegebene wirtschaftliche Entwicklung auszuhalten. Die nächste Zukunft wird zeigen müssen, ob es der revolutionären Kraft der Arbeiterchaft gelingen wird, die Gewerkschaft auch weiterhin als Instrument des Klassenkampfes zu gebrauchen oder ob die Gewerkschaft der Vergangenheit angehört wird.

Die verschlossenen Türen.

Eine Berliner Lokalcorrespondenz, die sich bemüht hatte, zu der Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie Zutritt zu erlangen, und die abgewiesen wurde, da diese Konferenz eine interne Parteiveranstaltung ist, verbreitete gestern, um ihren Kunden doch etwas zu bieten, die Tatarennachricht, daß von der Konferenz nicht nur die Presse, sondern auch Arbeiterräte und sonstige Funktionäre der Unabhängigen, soweit sie nicht Delegierte sind, ausgeschlossen seien.

Die bürgerliche Presse gibt diese Meldung im Wortlaut wieder, zum Teil mit der sensationellen Überschrift: „Eine Geheimkonferenz der Unabhängigen.“ Der „Vorwärts“ in seiner Dummheit versteht sie mit der Bemerkung, daß die Sogenannte in unserer Partei einen so hohen Grad erreicht hätten, daß die Kontrolle nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch der eigenen Parteigenossen vermieiden werden müsse.

Wenn das Blatt nicht das Bedürfnis hätte, sich an jedem Tage mindestens einmal zu blamieren, so hätte es sich daran erinnern müssen, daß erst vor ganz kurzer Zeit eine ähnliche Veranstaltung der eigenen Partei stattgefunden hat, die selbstverständlich, da es sich nicht um einen Parteitag handelte, gleichfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich ging. Die Bemerkung des „Vorwärts“ ist also sachlich durchaus unbegründet und kennzeichnet lediglich die Unsäglichkeit des Blattes, auch die einfachsten Dinge zu begreifen, wenn es sich um die bösen Unabhängigen handelt.

Hebrigen teilt die demokratische Presse mit, daß am 28. September der Parteiaussschuh der Demokratischen Partei in Berlin zusammentreten werde. Ob dazu wohl die Öffentlichkeit zur Teilnahme eingeladen wird?

Neuzeitliche Pressefreiheit.

Auch im Bereich des VII. Armeekorps herrscht der Besetzungszustand. Die Nachrichten, die der Militarismus dadurch erhält, sind von diesen dazu benutzt worden, den „Freiheit“ Befern im Bezirk die Möglichkeit zum Besen ihres Blattes zu nehmen. Natürlich bezieht das gegen die Verfassung, aber noch der Richtung hin war der Militarismus noch nie von Strepeln geplogt. Was das Verbot der „Freiheit“ im Bereich des VII. Armeekorps oder besonders interessant macht, das sind die begleitenden Umstände.

Diesemgen unseer Leser, die das Blatt bei der Post bestellt haben, mußten es bestimmungsgemäß vorausbezahlen. Trotzdem erhalten sie kein Blatt. Man macht es ihnen aber auch schwer, ihr Geld wieder zurückzuerhalten, obgleich es im Absatz 7 der Zeitungsbetriebsbestimmungen der Reichspostverwaltung ausdrücklich heißt:

„Wenn durch Verbot der Zeitung oder dadurch, daß ihr der Postvertrieb entzogen wird, die Post verweigert werden sollte, die Zeitung den Bezahler bis zum Schluß der Bezugszeit zurückzuführen, oder wenn die Zeitung im Laufe der Bezugszeit ihr Erscheinen einstellt, wird der auf die nicht zugeführten Nummern entfallende Teil des Bezugspreises an alle Bezahler zurückgezahlt. . . .“

In den Ablehnungsgründen, die das Postamt 1 in Offen einem Rückzahlung fordernden Bezahler mitteilte, heißt es unter anderem:

„Die hier eingehenden Nummern dieser Zeitung sind an das Generalkommando in Münster gesandt worden. . . .“

Das ist denn doch fast unglaublich! Wenn die Post dem Drude der militärischen Nachhörer nachgibt und die Verbreitung der Zeitung unterläßt, so ist es schon genug. Sie gibt sich aber noch dazu her, der Militärbehörde die Zeitungen auszuliefern, die zwar von Kunden bezahlt, diesen aber nicht geliefert wurden und infolgedessen gar nicht in den Verkehr gekommen sind, das ist überhaupt nicht zu verstehen.

Uebereignung des bulgarischen Friedensvertrags.

Berlin, 9. September.

Somit „Journal“ soll der bulgarischen Friedensdelegation morgen nachmittag im Château de Madrid in Neuilly der Friedensvertrag überreicht werden.

Die schwierige finanzielle Lage Brasiliens. In einer Botenschaft an die Vollversammlung sagt der Präsident von Brasilien, daß die finanzielle Lage des Landes ihm große Sorge mache. Seit mehreren Jahren sind die Ausgaben immer gestiegen, ohne daß eine entsprechende Steigerung der Einnahmen stattfand. Im Jahre 1918 betrug das Defizit 111 000 Contos de Reis. Der Präsident schlägt vor, eine Kommission einzuführen und gleichzeitig die richtige Abführung der gesamten Steuern und anderer Einnahmen besser als bisher zu kontrollieren.

Heute Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin und Spandau.

Wenn wir in absehbarer Zeit den offenen Ausbruch der Revolution erwarten, muß eine positive Mitarbeit in den Parlamenten ebenfalls berechtigt erscheinen. Die Tätigkeit an den Parlamenten kann nur das Ziel haben, die revolutionäre Entwicklung weiter zu treiben. Eine Wahlbeteiligung in solcher Situation würde Verneinung der Massen bedeuten. Wir dürfen uns deshalb heute noch nicht darauf festlegen, ob wir uns bei den künftigen Wahlen beteiligen wollen oder nicht. Das muß erst kurz vorher von einem Parteitag entschieden werden.

Es darf nicht parlamentarismus und Rätesystem heißen, weil die beiden Waffen nicht gleichwertig sind. Das Rätesystem wird den Durchbruch zum Sozialismus erzwingen, der Parlamentarismus kann nur Hilfsmittel sein. Eine authentische Interpretation des Revolutionsprogramms der Partei in dieser Hinsicht erscheint nötig. Die Sache über die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung müssen vollends verfeilt erscheinen. Ein Kompromiß zwischen Rätesystem und bürgerlicher Demokratie ist unmöglich. Wir müssen die deutsche Räterepublik als Ziel aufstellen.

Der politische Zukunft sieht sich nicht überlegen. Aber es hängt immer sehr viel auch vom Willen der Massen ab, und es ist Sache der Führer, diesen Willen zu lenken. Wir müssen die Schwächung des Kapitalismus benutzen, um den Sozialismus zu erlämpfen. Wo es eine gewisse Grundierung im Proletariat eingetreten. Aber die wirtschaftliche Situation wird die Revolution nicht einschleusen lassen. Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sie nicht in Hungerrevolten übergeht. Aber die Arbeiter da auf den Weg der Demokratie weist, käufte sie über die Situation. Wir dürfen den Willen zur Revolution nicht verbergen. Paragrafen sind nur diejenigen, die immer noch weiter auf die Demokratie blicken. (Sehr wichtig!) Agitation und Betätigung dieser Kreise verflücht gegen das Revolutionsprogramm, ist geeignet, die Revolution zu sabotieren, und muß entschieden bekämpft werden. Was wir heute für die Revolution besänftigen, das werden wir nie wieder einholen. (Dravol)

In der Diskussion nimmt das Wort

Lebour (Berlin): Das Ziel muß ein Zusammenballen aller tatsächlichen wirklich revolutionären Elemente sein, zum mindesten auf dem Wege einer Verständigung, die auch die Kommunisten einbezieht. Auch unter den Rechtssozialisten gibt es Leute, die zu gewinnen sind, aber mit der rechtssozialistischen Partei kann es keine Gemeinschaft für uns geben. Wenn man in Sachen eine Zusammenarbeit in der Regierung für möglich hielt, so war das eine Enttäuschung. Auch aber Schein muß hier vermieden werden. Das hat den sächsischen Genossen eine goldene Brücke bauen wollen, aber sie war danach. Auch am 9. November wurde es mit Bedingungen verknüpft: Karl Liebknecht wollte hier diesen Ausweg suchen. Die Weisheit des Gen. Lebour wäre eine Komödie, die jeder durchschauen würde und mit unferer Ehre nicht verträglich erscheint. Ablehnung mit Form der Ablehnung gegenüber jenen Leuten darf nicht zweifelhaft sein. Das Rätesystem muß das Ziel sein. Solange wir es nicht durchsetzen können, muß aber alles bemerkt werden, um die Situation zu verschärfen, auch das Parlament. Geht man ins Parlament, so ist auch Kleinarbeit nötig; nur aus ihr können wir große Taten herausmachen. Die Parlamentarier wählen müssen im revolutionären Sinne ausgewählt werden.

Hilfner (Dresden): Der von Geber in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte Artikel mußte den Eindruck erwecken, daß er gegen jede Parlamentarismusbeilegung wäre. Der Artikel war auch tatsächlich unklar, weil er den Gegnern Wasser auf die Mühle leitete. Die parlamentarische Mitarbeit ist nicht unter allen Umständen schädlich. Beim sächsischen Schulgesetz schlossen sich die Rechtssozialisten unseren Forderungen an, und das Gesetz wurde in unserem Sinne angenommen. Die politischen Parteien haben die Aufgabe, durch ihre Auffassung den Boden für ein entsprechendes Wirken der Räte vorzubereiten, sie werden keineswegs durch die Räte überflüssig.

Sifferding (Berlin): Die Rede Gebers war eine Chamäde. Neben seiner Auffassung steht die Anschauung anderer Kreise, die jede weitere Beteiligung am Parlament ablehnen. Diese Anschauung muß energig bekämpft werden. Das Parlamentarismus nur ein Hilfsmittel zur Einigung des Sozialismus sein kann, ist selbstverständlich; er ist sogar nur ein Hilfsmittel für die Propagierung des Sozialismus. Parlamentarismus ist auch sehr wohl vereinbar mit dem Rätesystem. Miteinander scheint es, als ob alles andere vergesen ist und daß man von dem Wort Rätesystem Wunder erwartet. Das politische Rätesystem bildet in der Diktatur des Proletariats die Regierungsform. Aber erst muß die politische Macht erobert sein. Dafür ist der Parlamentarismus auch wichtig. Die Wahlen hindern keineswegs revolutionäre Aktionen. Die antiparlamentarische Konföderation Centraler Arbeit hat heute in Frankreich sogar die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse. Die Parlamentaristensche ist der beste Ort, in den Massen politischen Interesse zu wecken. Auch bei revolutionärer Ausprägung kann das Parlament von großer Wichtigkeit sein: Der Ruf zur revolutionären Erhebung kann von der Parlamentaristensche ausgehen. Die Antiparlamentarische Bewegung, daß die Revolution unmittelbar bevorstehe, war auch ein Fehler wegen ihrer Wirkung auf die Genossen. Die Frage des Antiparlamentarismus ist eine Frage für Leute, die auf der Grenze zwischen Anarchismus und Sozialismus stehen; für wirkliche Sozialisten ist der Antiparlamentarismus überhaupt keine Frage.

Güthorn (Berlin): Man darf nicht fordern, daß die Genossen aus allen Parlamenten herausgehen. Aber es ist bei der Wahlbewegungen wie in den Parlamenten viel gesündigt worden. Das Parlament darf nur die revolutionäre Tribüne darstellen. Auf dem Standpunkt, daß man in den Parlamenten den Sozialismus durchführen könne, hat nie jemand gestanden. Aber wir müssen jetzt noch weiter gehen. Die Beteiligung an einer rechtssozialistischen Regierung muß ganz aus der Diskussion ausgeschieden. Die Massen müssen heute besser erfährt werden als bisher durch die Parteiorganisation; das kann durch das Rätesystem geschehen. Der Organisationsfimmel hat die Partei auf Abwege gebracht. Durch die Räte holen wir die Massen unmittelbar heran und interessieren sie am Aufbau der neuen Gesellschaft.

Lipinski (Leipzig): polemisiert noch einmal gegen den Artikel Gebers in der „Leipziger Volkszeitung“, der ohne Befragung der Redaktionen erschienen sei. In Sachen bestand nach dem 9. November die Möglichkeit, mit den Kommunisten eine Regierung zu bilden. Da erklärten diese aber: Wir können die Rechtssozialisten nicht ausschließen. Als das Kompromiß mit diesen dann geschlossen war, hieß es: Jetzt haben wir kein Interesse mehr daran. Wenn nun die nächsten Wahlen uns in Sachen die Mehrheit bringen, was dann? Im Hinblick auf die Situation haben wir unsere Stellung zur rechtssozialistischen Anfrage gewählt. In geschäftlicher Hinsicht kann man den sächsischen Sozialisten auch nur in einem Falle einen Vorwurf machen. Die Arbeiterklasse verlangte nach einer einheitlichen Front, da konnte man nicht einfach die Anfrage ablehnen, sondern den Massen vor zu zeigen, daß die Rechtssozialisten für eine wirklich sozialistische Politik nicht zu haben waren.

Starr (Dramburg): Die Wammshelger II. S. R. hat bei der gemeinsamen Regierung mit den Rechtssozialisten sehr

schlechte Erfahrungen gemacht. Durch die wirtschaftliche Entwicklung wird eine Situation herbeigeführt werden, ähnlich geümt wie gegen Ende des Krieges.

Reumann (Berlin): Die alten Kampfmethoden sind überholt. Partei und Gewerkschaften müssen sich umbauen. Die Arbeiterkräfte sind das Mittel, der bürgerlichen Gesellschaft das Genick zu brechen und die Revolution weiterzutreiben. Die Hauptwaffe der U. S. R. muß das revolutionäre Rätesystem sein, das Parlament die Hilfswaffe.

Als Teilnehmer an der Konferenz sind anwesend: 45 Bezirksvertreter, 47 Vertreter der Presse, vom Zentralkomitee 9, vomerrat 7, von der Kontrollkommission 5 Genossen, 3 Mitglieder des Volksrats, 15 Mitglieder der Nationalversammlung, 9 Mitglieder der preussischen Landesversammlung, außerdem 8 Gäste. Insgesamt zählt die Reichskonferenz 143 Teilnehmer.

Die Erziehung der Münchener Geiseln vor Gericht.

Am Montag wurde die Beweisaufnahme über die Behandlung der Geiseln fortgesetzt. Vor den Augen der Geiseln wurden die Beweise geladen und die Aufnahme im Polizeipräsidium ging höchst eigenartig vor sich. Dort lag alles wild durcheinander; auf Tischen und Stühlen lagen Waffen und Handgranaten herum. Bei der Erziehung der Geiseln muß auch offenbar alle Planktion verwendet worden sein, die bereits stumpf war, da nur so die furchtbaren Verletzungen an den Körpern der Geiseln zu erklären sind. Die Behandlung der beiden Weisgardisten wird von sämtlichen Zeugen übereinstimmend als eine moderne Folter bezeichnet. Weitere Zeugen bekunden, daß bei Egghofer die Kiste bestand, womöglich alle bayerischen Prinzen festgenommen, da man in ihnen die Hauptmasse der Gegenrevolution erblickte.

Die weitere Beweisaufnahme dreht sich nunmehr um die Thule-Gesellschaft und die Beteiligung der erschossenen Geiseln an ihr. Der kaufmännische Direktor der Münchener Sozialistengesellschaft, Rarringer, bekennt, daß eine Anzahl Räume des Hotels „Der Jahreszeiten“ von dem Germanenorden und der Thule-Gesellschaft gemietet worden war, weiß aber über die Tendenz beider Gesellschaften nichts Näheres anzugeben. Am 27. April, so führt der Zeuge fort, seien nachmittags in seiner Wohnung zwei Soldaten der Roten Armee erschienen, die wissen wollten, welche Mitglieder der Thule-Gesellschaft im Hotel gewohnt hätten. Der Zeuge wurde dann verhaftet.

Verteidiger Rechtsanwalt Löwenfeld fragt den Zeugen Rarringer, ob nicht eine große Menge Waffen in den Räumen gefunden wurden. Zeuge: Das ist richtig.

Die Frau des Handlungsgehilfen Rad war vor ihrer Verheiratung Mitglied der Thule-Gesellschaft und bezeugt allumfassend deren Veranstaltung. Vor: Was bezweckte die Thule-Gesellschaft? Zeugin: Die Pflege des Deutschtums. Und zu diesem Zweck wurden späterhin die Thule-Gesellschaft und deren Germanenorden verschmolzen. Vor: War auch die antisemitische Wochenschrift daran beteiligt? Zeugin: Nein, doch waren einzelne Angestellte des Blattes Mitglieder des Bundes, so unter anderem die Gräfin Westarp, die beim „Probotaxter“ als Stenotypistin angestellt war. Vor: Es soll eine politische und eine wissenschaftliche Abteilung bestanden haben? Zeugin: Politisch war ich niemals tätig. Vor: Das Programm der Gesellschaft besagt unter anderem, daß sie gegründet worden sei, um dem deutschen Volke in seiner tiefsten Not zu helfen; sie verfolgte den Gedanken: „Halte dein Blut rein!“ Im Anschluß an die Verlesung einzelner Programmpunkte fragt der Vorsitzende die Zeugin Rad, ob die Gesellschaft auch antisemitische Tendenzen verfolgte. Zeugin: Nicht mehr, als davon im Programm die Rede ist. Vor: Wissen Sie etwas davon, ob Mitglieder der Thule-Gesellschaft Stempel gefälscht haben? Zeugin: Nein.

Der folgende Zeuge ist der Student der Chemie und Schreiber des Sicherheitsrates der Stadtkommandantur Rüd. Er erklärt, daß er im Zimmer anwesend war, als der Angestellte Petermeier, der Matrose Pichner und Meyerhofer zum Stadtkommandanten Rehner gerufen wurden. Rehner hatte eine größere Anzahl von Anrufen der Regierung Hoffmann und gefälschte Stempel vor sich, die bei der Thule-Gesellschaft gefunden sein sollten. Dr. Billi Kramer, die eine Heilung als Berichtshalterin in dem Geiselnprozess tätig war, sei damals die Sekretärin des Stadtkommandanten gewesen und habe die Verhaftbefehle geschrieben, darunter die für die beiden erschossenen Geiseln Daumenlang und Reihaus. Rehner habe erklärt, es handle sich um

Genererevolutionäre, die ausgerüstet werden mußten.

Die Verhaftbefehle seien zum Vollzug an die einzelnen Sektionen der U. S. R. hinausgegangen. Rehner und Pichner seien dann im Automobil fortgefahren. Der Zeuge, der nur zur Stadtkommandantur gekommen war, um sie gewissermaßen zu überhören, hat dann einige bekannte Studenten warnen wollen, wurde aber daran gehindert. Bald darauf seien die ersten Verhafteten in die Stadtkommandantur eingeliefert worden. Sie sollen dann Egghofer vorgeführt worden sein. Später hat der Zeuge gehört, daß der frühere Stadtkommandant Weisberger, der inzwischen auf geheimnisvolle Weise umgebracht worden ist, Auftritte für die Thule-Gesellschaft besorgt hatte. Auf der Polizei hat er gehört, daß das Kobenzell über die Verste der Thule-Gesellschaft schon bereits gefaßt sei aber noch nicht gefaßt werden würde. Am 30. April mußte ein Meyerhofer mit einem ihm unbekanntem Mann des Aktionsausschusses ins Gymnasium begleiten. Dort habe Meyerhofer mit Seidl eine längere Unterredung gehabt. Während dieser Zeit seien 20 bis 30 Leute auf dem Hof aufgestellt worden. Der Hof am Eingang ergab, daß

Geiseln erschossen wurden. Die Frage, ob er, der Zeuge, sich die Geiseln einmal ansehen konnte, wurde vom Hofen dahingehend erwidert, daß dies verboten sei, er wolle ihm aber weise zeigen, die den anderen Geiseln ähnlich sähen. Darauf führte der Hofen den Zeugen in den Schweinehof, den die Rotgardisten im Gymnasium eingekerkert hatten. Der Hofen mußte dann mit Meyerhofer im Auto fortfahren, wurde aber unterwegs in auffälliger Weise aufgehalten, weil man ihn nicht wahrtraue.

Gewerkschaftliches.

Preisgabe der gewerkschaftlichen Grundzüge.

Der Streik im chemischen Großhandel wurde, wie wir seinerzeit berichteten, von den beteiligten Arbeitern und Angestellten unter der Bedingung beendet, daß die Unternehmer den Schiedsspruch anerkennen und Arbeiter wie Angestellte in die alten Stellungen zu den alten Verträgen wieder aufnehmen. Die Streikleiter vom Transportarbeiterverband wollten indessen, nachdem der Streik mit einem bescheidenen Erfolge für die Arbeiter für beendet erklärt worden war, von der Durchsetzung dieser Bedingung nichts wissen. Den ersten gewerkschaftlichen Grund, den der Solidarität kämpfender Arbeiter, aufgebend, nutzten diese Gewerkschaftsführer den Arbeitern zu, die Arbeit wieder aufzunehmen, trotzdem die Unternehmer den Angestellten gegenüber wortbrüchig geworden waren und diese infolgedessen den Streik fortsetzen mußten. Die Arbeiter der Solidargesellschaft Deutscher Apotheker, die ein stärkeres Solidaritätsgefühl besitzen als ihre gewerkschaftlichen Führer, lehnten es ab, den betrogenen Angestellten in den Rücken zu fallen.

Der „Vorwärts“ fühlt sich verpflichtet, das allen gewerkschaftlichen Traditionen widersprechende Verhalten der Leitung des Transportarbeiterverbandes zu verteidigen, womit er nur beweist, daß auch ihm die gewerkschaftlichen Prinzipien völlig abhanden gekommen sind.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, dem wohl jeder ein sachverständiges Urteil in dieser Frage zutrauen wird, sieht sich genötigt, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Die Arbeitgeber des chemischen Großhandels haben beim Streik der Arbeiter und Angestellten die harnischigsten Schritte gemacht, den gesetzlichen Schlichtungsausschuss durch Tarifvertrag auszuschalten. Der Arbeitgeberverband hat dabei die Stütze der Vereinigung der Arbeitgeberverbände gefunden. Nachdem der Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsamtes einen Schiedsspruch gefällt hatte, wurde die Arbeitsaufnahme auf Grund dieses Schiedsspruches beschloßen. Die Arbeitgeber legten nunmehr den Angestellten einen Revolver vor, durch den die Beseitigung des Schiedsspruches herbeigeführt werden sollte, bevor der Demobilisierungsausschuss gesprochen hat. Die Angestellten sind infolgedessen gezwungen worden, den Streik fortzusetzen. Wir erheben Protest gegen die Willkür der Unternehmer, die gesetzlichen Schlichtungsausschüsse auszuschalten und die ihnen Instanz vorzugreifen, und sprechen deshalb den streikenden Angestellten in ihrem Kampfe die vollste Sympathie aus.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Wir zweifeln daran, daß dieser berechtigte Protest der Berliner Gewerkschaftskommission auf die maßgebenden Behörden einen Eindruck machen wird. Ebensovornig dürfte diese klare Entscheidung der Sozialisten der Berliner Gewerkschaften die verirrten Gewerkschaftsführer wie auch den verstockten „Vorwärts“ auf den Boden gewerkschaftlicher Grundsätze zurückführen.

Wertwürdige Entscheidungen des Demobilisierungskommissars.

Seit einiger Zeit werden vom Demobilisierungskommissar Berlin bei der Bearbeitung der Schlichtungs-Schiedssprüche wertwürdige Entscheidungen gefällt. Ein solcher Fall liegt uns zur Zeit vor. Bei der Firma Siemens & Halske, Wernerwerk, wurde am 18. Mai zum 30. Juni ein Angestellter entlassen. Diese Entlassung fand nicht die Billigung des Ausschusses. Vor dem Schlichtungsausschuss wurde die Firma verurteilt, den gefälligten Angestellten weiter zu beschäftigen. Da die Firma diesen Schiedsspruch nicht anerkannte, beantragte der Ausschuß beim Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeitsklärung. Nach Ablauf von 4 Wochen (!) erhielt der Angestelltenauschuss die Antwort, daß der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt werden könne, da es sich um vorliegenden Schiedsstreit lediglich um die Frage handle, ob der Reichwerbeführer einen Grund zur fristlosen Entlassung gegeben habe und daß für fristlose Entlassungen nicht der Schlichtungsausschuss, sondern das ordentliche Gericht zuständig sei. Während aller Verhandlungen und auch im Schriftwechsel ist, wie uns berichtet wird, von keiner Seite davon gesprochen worden, daß ein Grund zur fristlosen Entlassung vorliege. Es ist also unerfindlich, wie der Herr Demobilisierungskommissar eine solche Behauptung aufstellen kann, ohne beide Parteien gehört zu haben.

Wir möchten die Frage aufwerfen, ob der Herr Demobilisierungskommissar nicht die Verpflichtung hat, einige Behauptungen durch Vernehmung der anderen Partei nachzuprüfen.

Der Mustlerstreik im Kaffee Kerlan beigelegt.

Nach dem Ausschluß der Gewerkschaftskommission fanden mit dem Vertreter des Kaffee Kerlan, Herrn König, und dem Vertreter des Verbandes der Mustler Einigungsverhandlungen statt, die zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis führten. Die Arbeit wurde gestern wieder aufgenommen. Weitergehungen dürfen nicht stattfinden.

Soeben erschienen:
Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten
Von
HEINRICH STROBEL
68 Seiten — 2 Mark

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7 Uhr: Der Schwarzküster.

Opernhaus 5 Uhr: Der Hezende Holländer.

Schauspielhaus 7 Uhr: Coriolan.

Deutsches Theater Direktion: Max Reichardt. 7 Uhr: Wie es noch geht.

Kammerspiele U. Gesangsensemble.

Königsplatz 18 Uhr: Kamer den. Donnerstag: Erdbeist. Freitag: Kameraden.

Komödienhaus an der Marschallbrücke. 18 Uhr: Liselott von der Pfalz Sonntag nachm. 18 Frankfurter.

Berliner Theater 18 Uhr: Die Dame im Frack Sonntag nachm. 18. tolle Komödie.

Lessing-Theater Direktion: Viktor Barnowsky. 7 Uhr: Der Schöpfer. (Albert Bassermann) Donnerstag 7 Uhr: Liebe. Freitag 7 Uhr: Der Schöpfer. (Albert Bassermann)

Deutsch-Künstler-Theater Allabendlich bis inkl. Freitag 7 Uhr: Das Schloß am Wannsee

Rose-Theater 7 Uhr: Sommernacht.

Walhalla-Theater Täglich 7 Uhr: Das Gesetz.

Theater am Kottbuser Tor. Tel: Moritzpl. 14814. 7 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr:

Elite-Sänger Seidel, Busch, Hurl, Schuber, J. Jochimsen. Neues Programm. Großer Liebesfolg. Sonntag nachm. 3 Uhr. 1 Kind frei. Blühges-Konzert. Beginn 7 Uhr

Ballschmieders Varieté-Garten Badstraße 16. Grosser internationaler Ringer-Wettstreit.

Heute ringen: Landan Sch. - Holst. Düsseldorf Albert Hein gegen Poczarska Berlin Schlesien Wehrm gegen Wenzel Rhd.-Wtl. Oesterr.

Gr. Entscholdungskamp! Apollon gegen Wettergaard-Belgien. Schmidt Weltmeister

Vorher das große Varieté-Programm. Beginn der Ringkämpfe 8 Uhr.

Trionon-Theater. 81. Friedrichstraße. Nr. 487, 13H. Täglich 8 Uhr: Der gute Ruf. Nachm. 4 Uhr. Kleine Preise: Mittwoch: Schneewittchen. Sonnabend: Aschenbrödel.

Residenz-Theater. Untergrundb. Klosterstraße. Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben. Nachm. 4 Uhr 20 kleine Preise. Mittwoch: Horkäppchen. Sonnabend: Hiesel u. Gretel.

Wintergarten täglich 7 Uhr Varietevorstellung. Rechen gestattet.

Casino-Theater Kottbuser Str. 37. Tägl. 7, 8 Uhr: Großstadt-Pflanzen. Volkstück in 3 Akten. Vorher: „Schwarzwaldbühne“. Operettenakt mit Viktor Litze von der Komischen Oper. Dazu erkrankte Spezialitäten. Montag 4 Uhr: Mädchenbrevier.

Berliner Prater Kantanten-Allee 7-9. Täglich 15 Uhr: 12 Varieté-Attraktionen. I. Ranges. In der Tanz-Diele täglich ab 6 Uhr: Ball.

Vergnügungs-Palast Groß-Berlin Hasenheide 13/15

Mittwoch ringen: Bannhala gegen Gebhard Amerika. Stütze

Der große Herausforderungskampf im indisch. Stil mit angebltem Körper. Alle Griffe erlaubt. Richter gegen für deutsche Verbände Kornatz Weltmeister

Kornatz hat für diesen Kampf eine Prämie von M. 500 zugesetzt, welche Richter erhält, wenn er 3 Runden à 7 Min. standhält.

Der grosse **Entscholdungskamp!** Stolzenwald Weltmeister von Deutschland gegen Romanoff Russ. Weltmeister

Beginn des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr, der Ringkämpfe 8 Uhr. Vorher: Spezialitäten-Programm

Komödienhaus
An der Morichalbrücke.
Am Freitag, den 12. September, 18 Uhr:
Zum 100. Male:
Liselott von Pfalz
aus der
Auffahrt in 3 Akten und 1 Vorspiel
v. Rudolf Prechtera, Leo Walter Stetli

Konditorei u. Café Hohenstaufen
Kottbuser Damm 76, Inh. Otto Pollmann, hält sich den Genossen bestens empfohlen.

Freie jög. Jugend Groß-Berlin.
Gruppe Standunabhängiges Bierel, Schönhauser Vorstadt.

Kunst-Abend
Mitwirkende: Franz Wenzler - Pol. Olga Wojan (Theater „Die Zeit“) Regie: Frau Gertrud Steiner-Rothstein, Solistin und des Steiner-Rothstein-Quartetts

am Samstag, den 13. September 1919, 7 1/2 Uhr abends
in den Musikern-Sälen, Sailer-Waldweg-Strasse 31, Eintritt à 1,50 Mk. an der Abendkasse und bei den Vorverkaufern.

SCHOKOLADEN
Gebr. Kaffees und Rauchtobak eingetroffen.
F. P. A. Kauffmann, S 14, Wallstrasse 55
Mpl. 14506 9.

Zahnarzt Falkenstein
Wissenschaftlich anerkanntes Spezialverfahren für Anästhesie (eigene bei Herzleidenden, Nervösen und sehr Sensiblen bewährte Betäubung) Befestigung loser Zähne — Zähne ohne Platte — Fein-Goldkronen etc. Ausbildung in der Zahntechnik (auch Damen). Für Unbemittelte bzw. Kriegsbeteiligte findet zahnärztliche Poliklinik täglich 6-7 Uhr statt. Honorar entspricht dem der Universitätsklinik.

Charlottenburg, nur Kantstr. 132, hoch. Telefon: Steinplatz 7396.

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 86 % in Zahlung genommen.

Reizende Schnitte! Beste Stoffe!

Sehr billig!!

Pelzmäntel! Plüschmäntel! Ulster!
wunderbare Ausführungen Fracht-Qualitäten aus weichen Friedensqualitäten
1200, 1650, 1975, 2250 375, 480, 575, 785 145, 198, 225, 305, 382

Impr. Seidenmäntel 137⁵⁰, 149, 165, 182, 205, 226
Uebergangsmäntel, Ulster für Backfische 48, 53, 65, 78,—
Neueste Herbstkostüme, wundervolle Tressengarnier. 168, 195, 238, 315,—
Frühjahrskostüme 78, 97, 118,— **Gesellschaftshleider 215, 239, 290,—**

Kunstseidene Strickjacken in schönen Ausführungen, reizende Farben, 125, 158,— usw.

Fesche Stoffröcke . 36, 54,— Seidenröcke . 89, 128,—

Westmann
1. Geschäft: W 8, Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115.
Sonntags geschlossen!

Zähne 3 Mark! 5.— Mark
mit echtem Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnlehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 30 Mark an. Keine Luxuspreise. Fachmännische Mund-untersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Matvani
Danziger Strasse 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße. Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertags 9-12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert. ::

Möbel
in grosser Auswahl und guter Ausführung auf Bar oder Kredit!
Möbel-Gross
Große Frankfurter Str. 141
Invalldenstr. 5, Eing. Ackerstraße.
— Krieganleihe und Sparsparlagen nehme in Zahlung. —

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Bezirk Norden II.
Am Sonntag, den 14. September findet ein Tagessitzung am Strandbärgen statt. Treffpunkt: 10 Uhr vormittags Fremdenverkehrs-Büro, Reichpunkt: 2 Uhr nachmittags „Restaurant Germania“ am Strandbärgen. Bestenfalls mitbringen, gutes Wetter, Gutes und Musikinstrumente sind mitzubringen.

„Criminalia“
Detektiv-Institut + BERLIN W 52, Lutherstrasse 5
Direktion: H. Röhl
Telephon: Lützow 61. Telegramm-Adresse: Criminalia-Röhrl.
Das Institut bearbeitet in seinen Spezial-Abteilungen: Kriminal- und Strafsachen sowie Privatklagen. Zivil- u. vermögensrechtliche Angelegenheiten. Ermittlungen und Beobachtungen aller Art im In- und Auslande, Reisebegleitung, Wohnungsschutz, Transportbewachung und Kontrolle. Angelegenheiten des Handels und der Industrie. Vertreten auf allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.

Vollversammlung
des kommunalen Arbeiterrats Neutöllns
am Donnerstag, den 11. d. Mts., abends 7 Uhr, im Neuen Rathaus (großer Sitzungssaal). Tagesordnung:
1. Die Neutöllner Lebensmittelschickungen und die Maßnahmen des Arbeiterrats.
2. Die Neutöllner Wohnungsnot und deren Bekämpfung.
3. Bericht des Vollzugsausschusses.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Wichelis. S. W.: Grötelwitz.
Achtung! Flugzeugmeisterei Adlershof. Bericht über bisherige Verhandlungen in den Bezirksstellen Donnerstag nachmittags 4 Uhr. Ankunft für Mitglieder jeden Vormittag im Birkenwäldchen Adlershof. Der Arbeiterrat. S. A. Smith.

Leitstern für Auswanderer
nach Argentinien — Brasilien — Mexiko
Bestellen Sie sich, dieses nach amtlichen Quellen u. den neuesten Einwanderergesetzen bearbeitete Aufklärungsbuch b. NOVA-VERLAG, Berlin-Friedenau, Moselstr. 12.
gegen Voreinsendung des Betrages von M. 3,50 Postcheck-Konto Berlin 6674 oder Nachnahme zusätzlich Porto oder durch jede Buchhandlung.

Wollserge sowie alle Arten Stoffe und Futterstoffen kauft zu höchsten Preisen Kaulen, Prenzlauer Str. 59-60.

Zur Verlobung von Fräulein **Anni Radtke** mit Herrn **Otto Boll** gratuliert James Toranz.

Insertate
für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 4 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr nachm., bei der Expedition Schillingersdamm 19 aufgegeben sein.

Statt beiderseitiger Anzeige! Am 8. September ist mein lieber Mann, unser guter Vater, im 70. Lebensjahre ruhig und friedlich entschlafen. Die Beerdigung findet am 10. September um 3 Uhr auf dem Anstalts-Friedhof der Stadt Berlin in Buch in d. Mark statt. Die beiderseitigen Angehörigen Frau Anna Schner und Kinder.

Raucherstreik!
Rational in wenig Tagen aus Rauchen zu lassen. Amlich begutachtet, vernünftig wirkend, täglich Dankschreiben. Ankauf, Versand. Institut Engbrecht, Wilsdorf D. 1, Kreuzstr. 9.

Die Eröffnung der Richard Oswald-Tischspiele
(Zweiter Teil: Schach) 163 Frittsstraße 163
Direktion: Gehr. Müller und Richard Oswald
findet am **Dienstag, 15. September, abends 8 Uhr, statt**

Möbel-Cohn
an Ostern: Große Frankfurter Straße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz)
an Norden: Badstraße 47/48

Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
Wohnungseinrichtungen
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polsterwaren, farbige Küchen, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl. — Billigste Preise. Sehr kulante Bedingungen und größte Rücklichtnahme.
Liefers frei Haus.
Lieferung auch nach auswärts. Gebrauch Möbel können kostenlos lagern. Anzahlung und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.

Künstliche Zähne
mit echtem Parakautschuk. Goldkronen u. Brücken. Präzisionsarb. Kap. u. Umarbeitg. auf. Ueber 30 Jahre lachfähig. Keine Luxuspreise. Zahnpraxis Gröner, Prisenstr. 60 a. an der Dresdener Straße. Fernspr.: Moritzplatz 11200.

Ein neuer Beruf
Ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen entsetzlichen Krieg ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Lebensberufes beraubt sind. Allen, die umlernen müssen, empfehlen wir daher ungenügend ihre Vorbereitung zu treffen, die Allgemeinbildung zu heben, Examen, Prüfungen nachzuholen, technische kaufmännische oder handwerkliche Kenntnisse zu erwerben, eine landwirtschaftliche Fachbildung zu erwerben oder technisches und landwirtschaftliches Können zu vervollkommen. Verlangen Sie daher noch heute unsere 32 S. starke Broschüre K 202 über die Selbstunterrichtsmethode Rustin oder für technische und landwirtschaftliche Bildung die 60 S. starke Broschüre K 213 über das System Karsch-Hachfeld kostenlos und portofrei. Send uns sofort bitten wir ausgeben. Boone & Hachfeld, Verlagbuchh. Dr. Potsdam.

Achtung! 300 Mark Belohnung!
Am Montag abend gegen 9 Uhr wurde in meiner Fabrik ein Elektromotor gestohlen. Die 3 Töter sind die Kruppe mit dem in einen sack versteckten Motor entlang gegangen und haben wahrscheinlich die Elektrische nach Berlin gebracht. Da der Motor schwer ist, so werden sie denselben nur schwierig haben transportieren können. Ich bitte Leute, welche die Täter gesehen haben, mir Angaben machen zu wollen. Für die entstehenden Unkosten komme ich auf und gebe obige Belohnung demjenigen, der mir die Täter namhaft macht.
Friedrich Kuers, Berlin-Tegel, Ercelsstraße 63.

Wir färben
gut, reell, billig, schnell!
In 3-5 Tagen
Radtke-Grundmann, Berlin S. 14
Dresdener Straße 34-35, Luisenhof
Mpl. 7328 Riekers Mpl. 7328

PELZ-Waren
einzigartig — Export
Einzelverkauf
wie alljährlich preiswertestes Angebot in Kragen, Muffen und Pelzhüten, Fuchscarnturen in großer Auswahl. — Reparaturen prompt und billig.
Ad. Alva amsohn Nachf., 26' Neue Königstraße 26'

Zur Taktik der Partei.

In der Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der Unabhängigen Sozialdemokratie und ebenso in unserer letzten Tagesausgabe ist der Artikel des Genossen Curt Geyer in der „Leipziger Volkszeitung“ erwähnt worden. Wir geben ihn nachfolgend zur Orientierung der Parteigenossen wieder und lassen außerdem einen Artikel folgen, den Genosse Liebmann, der gleichfalls Redakteur des Blattes ist, in der Montagnummer der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht hat.

Der Artikel des Genossen Geyer lautet im wesentlichen:

Zur Reichskonferenz. Von Curt Geyer.

Das Aktionsprogramm der Partei ist mitten im Kampfe geschaffen worden. Es ist der Ausdruck des Ringens der Klassenbewussten Arbeiterschaft nach grundsätzlicher und tatsächlicher Klarheit in einem revolutionären Kampfe, der völlig andre Kampfbedingungen als die bisher gewohnten geschaffen hatte. Die Bedingungen als die bisher gewohnten geschaffen hatte. Die Grundbedingungen als die bisher gewohnten geschaffen hatte. Die Grundbedingungen als die bisher gewohnten geschaffen hatte.

„Sie (die U. S. P.) erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Dieser Satz, der von entscheidender Bedeutung ist, erfährt in den Kreisen der Partei eine verschiedene Interpretation entsprechend den verschiedenen Ansichten über die Diktatur des Proletariats und ihre Anwendbarkeit. Die eine Seite billigt die Diktatur des Proletariats nur, wenn sie tatsächlich von vornherein die Diktatur der Volksmehrheit ist, wenn die Mehrheit des Volkes die Diktatur will. Im Grunde genommen läuft das auf ein Bekenntnis zur Demokratie hinaus.

Eine andre Richtung geht von der Anschauung aus, daß die Diktatur des Proletariats nur möglich sei, wenn die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter ihr stehe. Diese Richtung übersieht, daß revolutionäre Bewegungen niemals gemacht werden, sondern von unten kommen, wenn die Spannung so groß ist, daß die aktivsten Elemente des Proletariats vorstehen. Es ist ein absurder Gedanke, eine Revolution erst dann beginnen lassen zu wollen, wenn man sich überzeugt hat, daß die zahlenmäßige Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihr steht. Ist aber einmal die offene Revolution da, so ist die einzige Möglichkeit, sie zum Erfolg zu führen, die Diktatur des Proletariats, sei es zunächst auch nur einer Minderheit des Proletariats. Revolutionen sind noch nie durch große Mehrheiten, sondern immer durch entschlossene Minderheiten geführt worden. Nur im revolutionären Kampfe, nur durch die Anwendung der Diktatur, durch die entschlossene Ausnutzung des Erfolges können die Vorderreihen des kämpfenden Proletariats die Mehrheit mit sich reißen.

Das Proletariat im weitesten Sinne des Wortes ist tatsächlich die Volksmehrheit. Das Aktionsprogramm spricht nicht davon, daß die Diktatur des Proletariats die Diktatur der Volksmehrheit sei, sondern daß das Proletariat der Vertreter der Volksmehrheit sei. An diesen Satz aber knüpfen die Interpretationen der geschiedenen Richtungen an, und er ist auslegungsfähig. Der kommende Parteitag wird Klarheit darüber schaffen müssen, ob diese Auslegungen dem Willen der Parteimehrheit entsprechen. Ein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats unter den Vorbehalten dieser Richtungen ist kein Bekenntnis. Eine authentische Auslegung jedoch kann niemals einen klaren Wortlaut ergeben. Es ist deshalb nötig, daß in dem angeführten Satze des Programms die Worte: „des Vertreters der großen Volksmehrheit“ gestrichen werden, um hier nötige Klarheit zu schaffen.

Die Diktatur des Proletariats ist in einer revolutionären oder vorrevolutionären Situation keine ferne Zukunftsforderung, sondern Gegenwartsforderung. Eine revolutionäre Partei darf in solcher Situation ihre Tätigkeit nicht darauf konzentrieren, im Rahmen der bestehenden staatlichen Ordnung Fortschritte in der Richtung auf dies Ziel zu erreichen, sondern das Ziel selbst zu erreichen. Dementsprechend dürfen ihre Gegenwartsforderungen nicht hinter dem Ziel zurückbleiben. Beim Zusammentritt der Nationalversammlung kämpfte die U. S. P. im Parlament nicht um das Räteystem, sondern um die Verankerung der Räte in der Verfassung, um ein unmögliches Kompromiß zwischen bürgerlicher Demokratie und Räteystem. Die Bewegung von unten auf trieb die Führer der Partei vorwärts. Das Aktionsprogramm stellte neben die Forderung der Einordnung des Räteystems in die Verfassungen die Forderung der entscheidenden Mitwirkung der Räte. Die Verwirklichung dieser Forderung würde bedeuten, daß auch dann noch bürgerliche Parlamente und Räte nebeneinander bestehen, wobei die Parlamente in die Rolle beratender Körperschaften herabgedrückt wären. Ein derartiger Zustand in einer revolutionären Epoche ist ein Unbeing. Das Bürgertum würde sofort versuchen, aus den beratenden Parlamenten Kampfinstrumente um die Macht zu schaffen, und das Proletariat wäre sofort gezwungen, ihnen den Garaus zu machen.

Die Formulierung von Punkt 1 der nächsten Forderungen der U. S. P. ist der Rückstand jener Anschauungen, die den Weg über den Parlamentarismus zum Sozialismus als den gangbarsten ansehen. Entsprechend dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats muß zur Erzielung völliger Klarheit an Stelle der verwirrenden Forderungen nach der Verankerung des Räteystems und der entscheidenden Mitwirkung die klare Forderung gestellt werden: Schaffung einer auf dem reinen Räteystem sich aufbauenden Verfassung der deutschen Einheitsrepublik, Schaffung einer wirtschaftlichen, auf dem Betriebsratsystem aufgebauten Verfassung, die der höheren Organisation der Betriebsräte die Beherrschung und Leitung der Produktion überträgt.

Entsprechend dieser Verfassung müßte der parlamentarische Kampf der Partei sich gestalten. Er darf nicht mehr gesplittert in dem Versuch, große Grundlegendes. Gesetze, die sich grundsätzlich gegen das Proletariat wenden — wie die Verfassung — zu verbessern suchen durch zahllose Einzelanträge, sondern er muß die großen Linien betonen, indem er dem Programm des Bürgertums das Programm des revolutionären Proletariats gegenüberstellt. Alles, was durch Verbesserungsverhandlungen erreicht wird, bedeutet ein Kompromiß mit den Todfeinden des Proletariats. An einer revolutionären oder vorrevolutionären

Situation ist keine Zeit für Kompromisse, die nur Sinn haben, wenn sie für lange Zeiträume Gültigkeit besitzen würden.

Es wird deshalb die Aufgabe des kommenden Parteitags sein, Klarheit zu schaffen über die Anwendung des Parlamentarismus. Die Stellung zu dieser Frage ist eine grundsätzliche, wenn sie unter dem Gesichtspunkt erfolgt, daß der Parlamentarismus zum Sozialismus führen werde. Eine solche Anschauung ist mit dem Wesen einer revolutionären Partei unvereinbar.

Die Frage, ob die Partei sich überhaupt an parlamentarischen Wahlen beteiligen und Vertreter in die Parlamente entsenden soll, ist eine taktische. In einem Zeitpunkt, in dem offene revolutionäre Kämpfe geführt werden, haben Vertreter der Revolutionärpartei in den bürgerlichen Parlamenten nichts zu suchen. Ganz abgesehen davon, daß man sie beim offenen Kampfabbruch sofort ungeschädlich machen würde. In einer vorrevolutionären Situation muß die Parlamentaristenebene benahet werden, um die Massen durch Kampferfolge zu sammeln und anzuspornen. Parlamentarische Kleinarbeit in solcher Situation würde nur Kraftvergeudung bedeuten.

Technisches gilt für die Beteiligung an Wahlen. In einer Situation, in der der offene Ausbruch revolutionärer Kämpfe so nahe bevorsteht, daß nur Monate, ja Wochen noch von dem Ausbruch trennen, würde die Beteiligung an Wahlen nur eine Schwächung der revolutionären Strohkraft bedeuten. Und die Situation in Deutschland ist vorrevolutionär!

Im Zusammenhang mit dieser Frage steht die andre, ob das Räteystem und Parlamentarismus gleichwertige Kampfmethoden sind. Der Parlamentarismus wird immer nur die Kampfbedingungen verwenden können, während das Räteystem die eigentliche Strohmasse des Proletariats gegen den Kapitalismus ist. Der Durchbruch zum Sozialismus wird durch das Räteystem erfolgen. Die jetzige Fassung des Aktionsprogramms lautet:

„Um dieses Ziel (den Sozialismus) zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmethoden einschließlich der Parlamente.“

Am auch hier Klarheit zu schaffen, ist es notwendig, daß klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die U. S. P. im Räteystem die Hauptwaffe im Kampf um den Sozialismus erblickt, während sie die andere Kampfmethod, einschließlich der Parlamente, als Hilfsmittel dieses Kampfes betrachtet.

Durch diese Klärung würde gleichzeitig den Versuchen ein Ende gemacht werden, durch die Verfolgung des Parlamentarismus bis in seine letzten Konsequenzen hinein die Partei auf den Weg der parlamentarischen Demokratie und damit auf den Weg einer opportunistischen Kompromißpolitik zu drängen. Wer in der heutigen Situation auf dem Boden des Parlamentarismus Anschluß sucht an die rechtssozialistische Partei, gar an eine Regierungsbildung mit Rechtssozialisten auf dem Boden des Parlamentarismus denkt, der betritt den Boden jener Politik, die man vor dem Kriege als revisionistisch bezeichnete. Die rechtssozialistische Partei ist nur dem Namen nach noch eine sozialistische Partei. In Wahrheit ist sie eine auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stehende bürgerliche Reformpartei. Der heftige Vorwurf, den wir gegen diese Partei erheben, daß sie mit bürgerlichen Parteien eine Regierung gebildet hat, würde sich gegen uns selbst richten, wenn wir nicht grundsätzlich jede Regierungsbildung mit dieser bürgerlichen, sich fälschlich sozialistisch nennenden Partei ablehnen wollten.

Die Einigung des Proletariats wird sich nicht auf dem Wege der Verkopplung der U. S. P. mit der rechtssozialistischen Partei vollziehen. Diese Partei ist unsere Feindin und Feindin der Revolution wie jede andre bürgerliche Partei. Gegen sie richtet sich unser Kampf. Unser Ziel ist, sie niederzukämpfen, die Arbeiter, die ihr noch anhängen, vom wahren Wesen dieser Partei zu überzeugen und sie auf dem Boden unseres revolutionären Programms — entsprechend dem Schlußsatz unseres Aktionsprogramms — mit uns zu vereinigen. Es bedeutet eine völlige Verleumdung der revolutionären Aufgaben der U. S. P., wenn man ihre Aufgabe darin erblickt, den Kampf nach links zu führen und nach rechts eine Arbeitsgemeinschaft zu suchen. Der Feind steht rechts, nicht links!

Unter demselben Gesichtspunkt muß eine klare Entscheidung in der Frage der Internationale getroffen werden. Die Zentralinstanzen unserer Partei hatten sich entschieden, Vertreter nach Luzern zu entsenden unter der Voraussetzung, daß eine Beteiligung an der zweiten Internationale nur möglich sei, wenn die Rechtssozialisten ausgeschlossen und unser Programm zum mindesten auf dem Kongreß zur Diskussion gestellt würde. Weder das eine noch das andre ist geschehen. Allein die Zentralinstanzen der Partei haben die Konsequenzen nicht gezogen. Sie sind der Ansicht, daß die U. S. P. trotzdem auf dem Kongreß von Genf vertreten sein müsse. Statt der klaren Entscheidung wollen sie den unerträglichen Zustand der Unklarheit abermals verlängern, wollen hinter die Bedingungen zurückgehen, die sie vor Luzern aufgestellt hatten. Es ist notwendig, daß der Parteitag offen ausdrückt, daß die zweite Internationale für die U. S. P. erledigt ist, daß eine Befähigung des Genfer Kongresses nicht stattfindet.

Die Konsequenz ist, daß die U. S. P. D. den internationalen Anschluß von anders suchen muß. Der Kongressationspunkt aller wirklich revolutionären sozialistischen Parteien ist heute Moskau. Grundsätzlich trennt die U. S. P. D. nichts von den Grundthesen der dritten Internationale, die die logische Konsequenz der Anschauungen sind, die die U. S. P. D. verfolgt. Wir dürfen uns nicht hemmen lassen dadurch, daß uns nahelebende Parteien und Parteigruppen in den westlichen Ländern, in denen die opportunistische Strömung noch stärker ist als bei uns, vor diesem Schritt zurückschrecken. Unsere Aufgabe ist es nicht, uns durch diese nachgebildeten Parteien hemmen zu lassen, sondern ihnen voranzugehen, sie vorwärtszutreiben und durch unser Beispiel den Klärungsprozeß bei ihnen zu beschleunigen. Anschluß an die dritte Internationale — diese klare Entscheidung muß getroffen werden, wenn überhaupt eine aktionsfähige Internationale geschaffen werden soll.

Die im vorstehenden kurz ange deuteten Fragen werden auf dem Parteitag geklärt werden müssen. Die Reichskonferenz wird über sie diskutieren. In den Kreisen der Genossen im Lande sind diese Fragen längst als brennende Probleme erkannt. Das Drängen nach klaren grundsätzlichen Entscheidungen in diesen Fragen kommt von unten auf. Die Ein-

berufung eines Parteitags entspricht ebenfalls dem Drängen von unten auf. Die Massen erkennen, daß die Klärung dieser Fragen notwendig ist für die Erhaltung der Aktionsfähigkeit der Partei. Die Zeiten vor dem Märzparteitag schreden. Das Nebeneinander, das Gegeneinanderarbeiten der heterogensten Strömungen in der Partei, das damals herrschte, wo grundsätzliche Anhänger der bürgerlichen Demokratie und des alleinsetzenden Parlamentarismus neben und gegen die Anhänger des Räteystems und der Diktatur des Proletariats arbeiteten, machte die Partei aktionsunfähig und nahm ihr die Werkkraft. Die Klärung auf dem Märzparteitag, die Schaffung des Aktionsprogramms hat den Aufstieg der Partei eingeleitet und ermöglicht. Die Klarheit, die damals geschaffen wurde, besteht heute nicht mehr. Nachdem eine Kampfpause eingetreten ist, der Druck der Masse von unten her nachgelassen hat, schiebt sich die Bewegung des Parlamentarismus wieder in den Vordergrund. Der Versuch, das Aktionsprogramm im Sinne des Parlamentarismus auszuliegen, muß schließlich jenen Zustand vor dem Märzparteitag wieder heraufbeschwören. Es ist deshalb brennend notwendig, daß die revolutionären Grundthesen der Partei so fest und eindeutig im Aktionsprogramm verankert werden, daß jeder Versuch, die Partei nach rechts hin abzubringen, von vornherein sich als Versuch, die Grundthesen der Partei zu durchbrechen, kennzeichnen muß.

Deutschland befindet sich in einer vorrevolutionären Situation. Die treibenden Kräfte der kommenden Revolution werden in den Wintermonaten voll zur Wirkung kommen. Unser Partei muß deshalb durch volle grundsätzliche Klärung kampfbereit gemacht werden. Um so mehr, als wir die neue Revolution nicht nur kommen sehen. Wir wollen sie auch!

Die Diktatur der Minderheit.

Von Hermann Liebmann.

Zu dem Artikel „Zur Reichskonferenz“ hat Genosse Curt Geyer am 6. September in der „Leipziger Volkszeitung“ einige Fragen besprochen, die dringend der Klärung in der Partei bedürfen. Die Interessen der Partei erfordern, daß eine rückhaltlose Ausdrucks über diese Fragen erfolgt. Genosse Geyer wagt zunächst die Frage der Diktatur des Proletariats auf. Dabei bekennt er sich mit erfreulicher Offenheit zur Diktatur der Minderheit des Proletariats. Das Bekenntnis, daß die Diktatur der Arbeiterklasse, das ist die Herrschaft der Arbeiterklasse, nur ausgeübt werden kann durch die Mehrheit der Arbeiterklasse, nennt Geyer „leis Bekenntnis“ zur Diktatur.

Zur Begründung seiner Auffassung sagt Genosse Geyer: Revolutionen sind noch nie durch große Mehrheiten, sondern immer durch entschlossene Minderheiten geführt worden.“ Und vorher heißt es: „Es ist ein absurder Gedanke, eine Revolution erst dann beginnen lassen zu wollen, wenn man sich überzeugt hat, daß die zahlenmäßige Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihr steht.“ Das klingt zunächst sehr überzeugend, aber es trägt nicht zur Klärung der Fragen bei, denn das Problem lautet nicht: Kann die Revolution, d. h. die Eroberung der Staatsmaschinerie, von einer Minderheit durchgeführt werden? sondern: Wie können die Errungenschaften der Revolution von der Minderheit gehalten werden? D. h. mit andern Worten: Wie kann nach der Eroberung der Staatsmaschinerie durch eine entschlossene Minderheit — was doch nur eine Aktion von verhältnismäßig kurzer Zeitdauer sein kann — die politische Macht in der Hand der Minderheit behalten und für die Befreiung der Arbeiterklasse nutzbar gemacht werden?

Heute, wo das organisatorische Gefüge des Klassenstaates durch die Novemberereignisse so völlig aus dem Leime gegangen und erst notdürftig wieder gestiftet ist, erscheint die Durchführung der Revolution von einer entschlossenen Minderheit unendlich viel leichter, als sie früher erschienen ist. Immerhin darf man sich nicht darüber täuschen, daß eine Wiederholung der Novemberereignisse, d. h. ein so glatter Zusammenbruch, ohne Widerstand des Bürgertums kaum eintreten dürfte. Der bisherige Verlauf der Revolution hat bewiesen, daß das Bürgertum gelernt hat, sich zusammenzuschließen und mit Hilfe der sozialistischer Arbeiter revolutionären Arbeiterkräfte Widerstand entgegenzusetzen, wie die Bürgerkreise deutlich gezeigt haben. Der zu erwartende Widerstand des Bürgertums darf aber selbstverständlich die Arbeiterklasse nicht abhalten, das zu tun, was sie für notwendig und richtig hält, aber die Arbeiterklasse darf diesen Widerstand auch nicht unterschätzen.

Nehmen wir aber an, daß eine entschlossene Minderheit die siegreiche Revolution so durchgeführt hat, wie die erdrückende Mehrheit des Volkes in den Novembertagen. Was dann?

Will die Minderheit Wahlen zum Räteystem ausgeschrieben und damit eine Räteorganisation schaffen, auf die sich die Revolutionäre stützen können? Diese Wahlen müssen selbstverständlich auf Grund des von der revolutionären Arbeiterkraft geforderten Betriebsratsystems stattfinden, selbstverständlich wäre aber auch, daß alle Arbeiter, die gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten, das Wahlrecht erhalten müssen. Die so gewählten Arbeiterräte müßten dann eine Verfassung schaffen, die sich auf das reine Räteystem aufbaut. Wenn aber nun die Mehrzahl der Arbeiter bei den Wahlen zum Räteystem keine Freunde der Diktatur der Minderheit wählt? Wenn es geht, wie es nach dem November 1918 gegangen ist, daß die Mehrzahl der auf Grund des Betriebsratsystems gewählten Arbeiterräte sich in der Mehrheit aus Anhängern der Mehrheitssozialisten und der bürgerlichen Kreise zusammensetzt? Was dann? Von einem Aufbau der Verfassung nach dem reinen Räteystem könnte dann doch keine Rede sein.

Die Vertreter der Diktatur der Minderheit können darauf nur antworten: Die Verfassung nach dem reinen Räteystem muß eben diktiert werden. Die Vertreter der Diktatur der Minderheit wissen aber auch, daß sie zur Durchführung der Herrschaft des Proletariats eine Räteorganisation brauchen, sie wissen ebenso, daß diese Organisation gewöhnt werden muß und daß damit immer die Gefahr verbunden ist, daß die gewählten Arbeiterräte anders entscheiden, als die Vertreter der Diktatur der Minderheit wollen.

Der innere Widerspruch, daß auch die Diktatur der Minderheit eine gewählte Räteorganisation braucht, d. h. daß die Minderheit den Willen der Mehrheit der Arbeiter aufrufen muß und daß sie doch diktieren will, wird von den Vertretern dieser Forderung in folgender Weise gelöst: Alle die, die gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten, bekommen das Wahlrecht zum Räteystem, aber wählbar sind nur die, die sich auf den Boden der

Groß-Berlin.

Kohlennot und Bildungsfragen im Stadtparlament.

Zur Besichtigung des gerollt angeordneten Beratungslisses saß sich die Stadtvertretung...

Ein Antrag noch wandte sich gegen Schmutz und Schund in der Literatur und in bildlicher Darstellung...

Ferner kam der von uns gestellte Antrag zur Verhandlung, die Isolierung anarbeiten in eigene Regie zu übernehmen...

Die Schulzustände kritisierte Genossin Wenzels bei einem andern Tagesordnungspunkt...

Jagd auf einen Kriegsblinden.

Von einem Augenzeugen wird uns berichtet: Gestern abend um 17 Uhr fuhr ein Militärauto mit 8 Polizisten...

Der Mord an dem Wächter Schulz aufgeklärt.

Der Raubmord in der Bernauer Straße hat eine überraschend schnelle Aufklärung gefunden...

Die Röhre der Erwerbslosen Groß-Berlins, die Unterstützung erhalten, ist in der Woche vom 30. August bis 8. September...

Das städtische Wohnungsamt ist von Schieferstraße 12 nach Oranienburger Str. 18, vorn 2 Treppen, verlegt...

Auf dem Heimwege von der Arbeit blöck verunglückt ist gestern die 37 Jahre alte Arbeiterin Marie Nordmann...

Zu Tiergarten erschossen haben sich gestern zwei Männer, die beide noch unbekannt sind...

gestreiften Ängst, einen grünlichweißen Flüssig, schwarze Schürle, einen blaßweißen punktierten Gelbfieder...

Lebensmittelkaffender.

Bestn. auf Abschnitt 71 der Lebensmittelkarte 250 Gramm...

Aus den Organisationen.

- Dritter Kreis. Der heutige Jahlabend wird innerhalb der Abteilungen in den bekannten Lokalen abgehalten.
Vierter Kreis. 20. Abteilung. Mittwoch, 30. September...

Bereinstatender.

- Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion V, Industriearbeiter.
Angestellte Flecht, Berlin und Wittmann, Versammlung am 10. d. M....

Wahlkultur des Proletariats stellen. Nach diesem Wahlrecht sind also alle Arbeiter wahlberechtigt...

In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, darauf hinzuweisen, daß die russischen Sowjets nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden...

Von besonderer Bedeutung ist, daß die Forderung der Diktatur der Arbeiterklasse viel weiter geht...

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren und eindeutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Klasse...

Der Spartakusbund will sich also nur auf die große Mehrheit der Arbeiterklasse stützen...

Die Vertreter der Forderung der Diktatur der Arbeiterklasse sind also kommunistischer als die Kommunisten...

Welche Aussichten hat nun die Diktatur der Arbeiterklasse, wenn revolutionäre Erregungsformen einer Arbeiterklasse erhalten werden?

Daß die Diktatur einer Arbeiterklasse nicht aufrechterhalten ist, hat der Verlauf der Revolution deutlich gezeigt...

Die bisherigen Erfahrungen der Revolution haben gezeigt, daß die Aufgaben, die der Arbeiterklasse durch die Revolution gestellt sind...

Die Vorstellung, daß die Aufgaben, die der Arbeiterklasse von der Revolution gestellt sind, von einer entschlossenen Arbeiterklasse gemacht werden können...

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten... geschulte Kräfte gesucht... Bonness & Nachfeld, Potsdam, Postfach 179.

Elektromotore... Gleichstrom in Drehstrom... Ingenieurwesen & Schlichting.

Kupfer — Messing — Quecksilber... Kupferdrähte Metalle... Kupferkabel, Installationsmaterial...

Zigaretten... englische wie deutsche... Winkler, Ecke Schieferstr.

Kupfer... Messing, Zinn, Silbermünzen, Zahngehäuse...

Felle aller gerbt... Pelze reinigt Gerberei Neukölln Hermannstr. 8.

Knopflochanzeichen... für Hemden vertragen... Botenfrauen für Südde... Botenfrauen sucht Expedition Werner.